

**Dokument 162 (2021-2022) Nr. 1**

**Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit**

Sehr geehrter Herr Präsident,  
werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament

Ziemlich auf den Tag genau vor zehn Jahren wurde am 6. Dezember 2011 das Dekret zur Förderung der Jugendarbeit, das im wahrsten Sinne des Wortes einen Paradigmenwechsel in diesem Bereich einleitete, im Parlament verabschiedet.

Doch anstatt Geburtstag zu feiern, wird das Jugendförderdekret heute nach einer vierjährigen politischen Inkubationszeit einer grundlegenden Erneuerungskur unterzogen. Dies ist erforderlich, denn gerade im Jugendsektor hat es in den vergangenen zehn Jahren tiefgreifende Entwicklungen gegeben.

Durch das abgeänderte Dekret werden wesentliche Neuerungen und substantielle Verbesserungen für den Sektor eingeführt. Ich möchte nur einige wichtige kurz nennen:

- Einführung einer Trägerschaftskaskade für die Offene Jugendarbeit;
- ein neues Modell der Personalbeszuschussung, um dem Fachkräftemangel im Sektor entgegenzuwirken, d.h. Anpassung der Löhne aus dem Bereich der Jugendarbeit an die Gehaltstabelle im Gesundheits- und Sozialbereich;
- die Flexibilisierung des Förderrahmens und des Stellenkontingents für Jugendeinrichtungen;
- höhere Bandbreite an förderbaren Funktionen in der Jugendarbeit und Flexibilisierung der Diplomvoraussetzungen;
- nur noch ein einziger Träger der Jugendinformation in Ostbelgien;
- Koppelung des Jugendstrategieplans an den Förderzeitraum und die Loslösung von der Legislaturperiode

Mit diesen substanziellen Neuerungen werden die Rahmenbedingungen für eine wissensbasierte und verifizierbare Jugendpolitik in unserer Gemeinschaft weiter deutlich verbessert.

Mich interessiert heute aber vor allem der Prozess, der zu dieser Dekret-Novellierung geführt hat.

Es ist übrigens das zweite Mal, dass wir in diesem Jahr im PDG über wesentliche Aspekte der Jugendarbeit in unserer Gemeinschaft debattieren.

Am 1. März dieses Jahres standen die Themenschwerpunkte des dritten Jugendstrategieplans, *der von Januar 2023 bis Dezember 2027 das zentrale Steuerungselement der Jugendarbeit in unserer Gemeinschaft sein wird*, auf der Tagesordnung.

Ich werde heute nicht nachkarten und erneut diese Themenschwerpunkte behandeln. Dazu werden wir spätestens dann die Gelegenheit haben, wenn wir über den kommenden Strategieplan debattieren.

Warum erwähne ich das dann überhaupt?

Mich hatte in der Debatte vom 1. März die barsche Pauschalkritik der Ecolo-Kollegin am Politikstil der Regierung im Bereich der Jugendpolitik überrascht.

Kollegin Voss-Werding warf der Regierung vor, keinen echten und lebhaften Dialog auf Augenhöhe mit den Vertretern des Sektors zu führen. Die Regierung müsse kritisch mit sich selbst ins Gericht gehen und die Art des Dialogs in Frage stellen. Die Regierung verwechsle wohl Dialog mit Anhörung. Weiter meinte sie zu diagnostizieren, dass die Forderung des Jugendsektors nach mehr Mitsprache nicht ernst genommen werde und dieser die Vorschläge der Regierung nur kommentieren dürfe.

Etwas süffisant und gönnerhaft meinte Kollegin Voss, die Ministerin würde zwar versuchen mit den Jugendlichen den Dialog herzustellen, aber die Bemühungen würden nicht ausreichen und sie müsse ihre Vorgehensweise anpassen.

Die Tirade mündete in der rhetorischen Frage. „Die Zukunft unserer Gesellschaft will mitreden und ich will mit ihnen reden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie auch?“

Als gewünschter Nebeneffekt dieser Suada sollte wohl der Eindruck vermittelt werden, dass nur die Ecolo-Fraktion in der Lage sei, einen ergebnisoffenen Dialog auf Augenhöhe mit der Jugend und den Jugendvertretern zu führen.

Von dem bekannten französischen Staatsmann Talleyrand stammt der Satz: „Tout ce qui est excessif est insignifiant“, „Alles, was übertrieben ist, ist unbedeutend.“ Und genauso bewerte ich auch diese völlig überzogene Kritik der Ecolo-Kollegin.

Im Rahmen unserer Beratungen zur Novellierung des heute zur Abstimmung vorliegenden Jugenddekrets wurden am 9. November auch Vertreter und Vertreterinnen des Jugendsektors im Ausschuss angehört. An dieser Anhörung nahmen die Jugendschöffeninnen der Gemeinden Raeren, Eupen und Amel, Vertreter des Jugendbüros, der Jugendkommission und des Jugendrates teil. Also eine breit

aufgestellte Delegation von Verantwortungsträgern aus dem Jugendsektor.

Nach der Pauschalkritik der Kollegin vom März war ich gespannt, zu erfahren, wie die Vertreterinnen und Vertreter des Sektors den Dialog und die Konzertierung mit der Regierung einschätzen und bewerten würden.

Ich muss aber gleich gestehen, dass sich diese Spannung in Grenzen hielt, denn mir war schon in der Plenarsitzung von März bewusst, dass die Kritik der Kollegin völlig überzogen und wohl eher als Versuch der politischen Anbiederung an den Sektor zu deuten war.

In dieser Einschätzung wurde ich bestätigt, denn in der Anhörung vor einem Monat wurde zwar deutlich, dass es in Sachfragen durchaus auch Meinungsverschiedenheiten gegeben hat und noch immer gibt; aber von allen wurde der wertschätzende Dialog, den es in den letzten vier Jahren mit der Ministerin und den Vertretern des Ministeriums gegeben hat, lobend hervorgehoben.

Alle Teilnehmer an dieser Anhörung lobten den offenen Dialog, den es von Anfang an bei der Novellierung des Jugenddekrets gegeben hat. Es wurde lobend hervorgehoben, dass man von Anfang an in den Entstehungsprozess dieses Dekrets einbezogen wurde, dass die Ministerin und die Mitarbeiter des Ministeriums Dekret-Anpassungen immer sehr positiv gegenüber waren und dass die Diskussionen immer offen waren und auch neue Perspektiven eingenommen wurden.

Der vorliegende Dekretentwurf wurde als ein guter Kompromiss und eine echte Verbesserung für die Jugendarbeit gewertet.

Ich könnte diese Liste noch weiter fortsetzen.

Ich berufe mich dabei nicht nur auf mein Gedächtnis und auf die Notizen, die ich mir während der Anhörung gemacht habe; jeder von Ihnen kann das im Bericht nachlesen.

Welch ein Kontrast zu der eben zitierten Einschätzung der Kollegin. Aber diese unterschiedliche Sichtweise ist vermutlich ausschließlich der Oppositionsperspektive geschuldet.

Selten habe ich in ein und derselben Sache eine so unterschiedliche Einschätzung gehört, wie in der Frage der Bewertung des Dialogs zwischen Regierung und Jugendsektor.

Sie werden aber verstehen, wenn ich der Wertung der acht Vertreter des Jugendsektors deutlich mehr Gewicht einräume als den Aussagen der Oppositionsvertreterin.

Und, werte Kollegin, behaupten sie bitte jetzt nicht, dieser wertschätzende Dialog zwischen Regierung und Jugendsektor im Kontext der Beratungen zu diesem Dekretentwurf sei dank ihrer Intervention im März zustande gekommen. Dies ist schon rein zeitlich gar nicht möglich, denn die Arbeiten an der Novellierung des Jugenddekrets haben bereits 2017 mit einer breit angelegten Evaluationsphase des bestehenden Jugenddekrets begonnen.

Ich sage das, weil ich Ihnen durchaus zutraue, dass sie dies auch noch für sich beanspruchen wollen.

Für den Evaluationsprozess des bestehenden Jugenddekrets und für die Novellierung des Dekrets hat man sich in der Tat sehr viel Zeit genommen.

Ich lasse die wichtigsten Etappen im Staccato Revue passieren: März 2017: Arbeitsfrühstück mit den Jugendeinrichtungen, Oktober 2017: Online-Umfrage für die Jugendeinrichtungen, Mai 2018: extern moderierte Open-Space-Konferenz für die Jugendeinrichtungen, September 2018: Identifizierung der Themenschwerpunkte, Januar bis April 2019: vier extern moderierte Klausurtagungen mit Vertretern des Sektors (Jugendbüro, Jugendinformation, Offene Jugendarbeit, Mobile Jugendarbeit, Jugendorganisationen, Rat der Deutschsprachigen Jugend, Jugendkommission), 26. April 2019: öffentliche Vorstellung der Ergebnisse der Klausurtagungen, Sommer 2019-Herbst 2020: Konzertierung mit den Jugendeinrichtungen und den Jugendschöffen, Herbst 2020: Vorstellung und letzte Stellungnahme zum Dekretvorentwurf, Januar 2021: erste Lesung der Regierung, März 2021: Gutachten des Rates der Deutschsprachigen Jugend und der Datenschutzbehörde, Mai 2021: zweite Lesung der Regierung, Juni 2021: Gutachten des Staatsrates, August 2021; dritte Lesung der Regierung, ab September 2021: Beratungen im zuständigen Fachausschuss, 9. November 2021: Anhörung von acht Vertretern des Sektors im PDG-Fachausschuss.

Dies sind die Etappen eines echten Partizipationsprozesses; der vorliegende Text ist wirklich das Resultat eines breiten Beteiligungsprozesses. Das ist nicht meine, das ist die Einschätzung des Sektors.

Der RDJ begrüßte in seinem Gutachten vom 8. März die großen Leitlinien des novellierten Dekrets; von den RdJ-Anmerkungen wurden acht übernommen und in den Dekrettext eingebaut; sechs Anmerkungen wurden nicht berücksichtigt.

Auf der Grundlage des durchweg positiven Gutachtens des Rates der Deutschsprachigen Jugend zum vorliegenden Dekretentwurf und der lobenden Einschätzung der weitreichenden Neuerungen im Bereich der Jugendpolitik durch die Vertreter und Vertreterinnen des Jugendsektors in der Anhörung vom 9. November wird die ProDG-Fraktion mit Überzeugung diesem Reformdekret zustimmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition und besonders der Ecolo-Fraktion,  
Sie auch?

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Freddy Cremer  
ProDG-Fraktion  
14. Dezember 2021